



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 16. November 2007 (23.11)  
(OR. en)**

---

**Interinstitutionelle Dossiers:**

**15193/07**

**2007/0195 (COD)**

**2007/0196 (COD)**

**2007/0197 (COD)**

**2007/0198 (COD)**

**2007/0199 (COD)**

---

**ENER 277  
CODEC 1252**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Nrn. Kommissionsvorschläge: 13043/07 ENER 221 CODEC 948  
13045/07 ENER 222 CODEC 949  
13046/07 ENER 223 CODEC 950  
13048/07 ENER 224 CODEC 951  
13049/07 ENER 225 CODEC 952

---

Betr.: **VORBEREITUNG DER TAGUNG DES RATES (VERKEHR, TELE-  
KOMMUNIKATION UND ENERGIE) AM**

**3. DEZEMBER 2007**

- a) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/54/EG über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt
  - b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/55/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt
  - c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden
  - d) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel
  - e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen
- Sachstandsbericht
-

## I. Einleitung

1. Wie vom Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung gefordert, hat die Kommission am 19. September ein drittes Legislativpaket zum Energiebinnenmarkt verabschiedet, das die fünf vorgenannten Vorschläge umfasst, wobei Artikel 47 Absatz 2, Artikel 55 und Artikel 95 für die beiden Richtlinien und Artikel 95 für die drei Verordnungen als Rechtsgrundlage dienen. Das Europäische Parlament, der Ausschuss der Regionen und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wurden zu diesen Vorschlägen gehört; die Stellungnahme des Europäischen Parlaments dürfte nach seinem derzeitigen Arbeitsplan nicht vor Ende des Frühjahrs vorliegen.
2. Die Gruppe "Energie" hat seit Vorlage des Paketes ihre Arbeit im Wesentlichen auf die allgemeinen Grundsätze der beiden Richtlinien und der Verordnung zur Gründung der Agentur konzentriert. Die Mitgliedstaaten haben in vorläufigen Stellungnahmen ihre Bereitschaft erklärt, sich in sehr konstruktiver Weise in die Beratungen über die allgemeinen Grundsätze einzubringen. Von der Gruppe "Energie" wurde auch die von der Kommission vorgelegte Folgenabschätzung erörtert<sup>1</sup>; dabei wurden die unterschiedlichen Ansichten der Mitgliedstaaten deutlich.
3. Ausgehend von den in diesen Sitzungen erzielten Fortschritten sowie von den Konsultationen gibt der Vorsitz unter Abschnitt II seine eigene Einschätzung<sup>2</sup> zu
  - a) den Grundsätzen und Bestimmungen, die auf breite Zustimmung stoßen, selbst wenn bei den Einzelformulierungen noch weitere Arbeit erforderlich ist;
  - b) Fragen, Bereichen und Optionen, bei denen nach Ansicht mehrerer Mitgliedstaaten noch weitere Beratungen und Orientierungen über Grundsätze zur Erreichung von Fortschritten nötig sein werden.
4. Diese Grundsätze und Fragen sind nach folgenden Themen untergliedert:
  - A. Entflechtung
  - B. Investitionsplanung, neue Infrastruktur, grenzüberschreitendes Regulierungssystem
  - C. Regionale Kooperation und Solidarität
  - D. Funktionieren des Marktes
  - E. Regulierungsbefugnisse
  - F. Regulierungsagentur

---

<sup>1</sup> Wie im gemeinsamen interinstitutionellen Konzept für Folgenabschätzungen gefordert.

<sup>2</sup> In solchen Einschätzungen wie "eine erhebliche Zahl von Mitgliedstaaten", "die meisten Mitgliedstaaten" spiegelt sich die Bewertung der dargelegten Standpunkte durch den Vorsitz wider; es sei darauf hingewiesen, dass sich nicht alle Mitgliedstaaten zu allen Fragen geäußert haben und dass nicht alle Fragen gleichermaßen ausführlich behandelt wurden. In keinem Falle sind diese Einschätzungen dem Ergebnis förmlicher Abstimmungen gleichzusetzen.

5. Die Delegationen haben diese Einschätzung unter Berücksichtigung der vom Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung festgelegten Prioritäten anlässlich eines hochrangigen Treffens (auf Ebene der Generaldirektoren) am 5./6. November in Estoril erörtert, um zu einer differenzierteren Einschätzung zu gelangen, wobei der Grundsatz galt, dass nichts vereinbart ist, solange nicht alles vereinbart ist. Die hochrangigen Vertreter waren sich darin einig, dass eine schnelle und angemessene Entscheidung zum dritten Energiebinnenmarkt-Paket getroffen werden müsse. Es sollten alle in Abschnitt II Buchstabe A aufgeführten Alternativen geprüft werden, vorausgesetzt, dass dadurch der Rechtsetzungsprozess nicht in Verzug gerät.
6. Nach Überarbeitung seines Berichts im Lichte der Beiträge der hochrangigen Vertreter und unter Berücksichtigung zusätzlicher Bemerkungen geht der Vorsitz davon aus, dass der Bericht eine faire, ausgewogene Sachstandseinschätzung enthält, die so vom Rat gebilligt werden könnte.

## II. Grundsätze und offene Fragen <sup>1</sup>

### A. Entflechtung

Die Delegationen stimmen darin überein, dass eine wirksame Trennung der Versorgung bzw. Erzeugung einerseits vom Betrieb der Übertragungsnetze andererseits erreicht werden muss.

1. Eine erhebliche Zahl von Mitgliedstaaten sind sich einig, dass sich dies am besten durch eine **eigentumsrechtliche Entflechtung** des Übertragungsnetzbetreibers erreicht werden kann. Sie meinen, dass dies der beste Weg zur Lösung für die Probleme sei, die dadurch entstehen, dass Übertragungsnetzbetreiber eigene Rechtspersönlichkeiten innerhalb integrierter Unternehmen bilden, wodurch sich der systemimmanente Anreiz bietet, die mit ihnen verbundenen Unternehmen gegenüber Dritten, die als Mitbewerber auftreten, zu begünstigen und Neuinvestitionen, die den Mitbewerbern nutzen würden, zu beschränken.
  - a) Minderheitsbeteiligungen von Erzeugungs-/Versorgungsunternehmen am Übertragungsnetzbetreiber könnten, sofern eine Kontrolle über Mitglieder der Unternehmensorgane oder deren Ernennung ausgeschlossen ist, eine andere, länger befristete Ausnahmeregelung als derzeit in Artikel 8 Absatz 4 vorgesehen erhalten oder unter bestimmten Voraussetzungen gestattet werden, solange die Unabhängigkeit der Entscheidungsgremien garantiert ist. Deshalb muss noch eingehender erörtert werden,
    - ob und wie in Artikel 8 Absatz 1 noch besser zwischen "Beteiligung" und "Kontrolle" unterschieden werden sollte, um vor allem eine gesonderte Ausnahmeregelung für Artikel 8 Absatz 4 zu ermöglichen;
    - inwieweit sich Minderheitsbeteiligungen mit den Zielen der Richtlinien vereinbaren lassen.

---

<sup>1</sup> Sofern nichts anderes angegeben wird, beziehen sich die Artikelnummern auf den Richtlinien-vorschlag über den Elektrizitätsbinnenmarkt.

2. Mehrere Mitgliedstaaten zweifeln an der Verhältnismäßigkeit der vorgeschlagenen Bestimmungen über eigentumsrechtliche Entflechtung und unabhängige Netzbetreiber, in denen sie eine Verletzung der Eigentumsrechte sehen. Sie halten die vorgeschlagene Alternative zu den unabhängigen Netzbetreibern, die die eigentumsrechtliche Entflechtung der für Infrastrukturmanagement zuständigen Einrichtung vorschreibt, für eine Sonderform der eigentumsrechtlichen Entflechtung. Dieser Vorschlag zu den unabhängigen Netzbetreibern könne daher nicht als echte Alternative zur vollständigen eigentumsrechtlichen Entflechtung dargestellt werden. Sie zweifeln ernsthaft daran, dass sie funktionieren kann, und haben schwerwiegende Bedenken bezüglich der Folgen ihrer Umsetzung für das Netz, wobei sie vor allem auf die bisherigen Erfahrungen in einigen Mitgliedstaaten verweisen. Sie fordern eine andere Alternative mit einer Gewähr für eine wirksamere Entflechtung, die ohne Eingriff in die Eigentumsrechte auskommt und im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates steht. Diese Mitgliedstaaten wurden von Kommission und Vorsitz ersucht, eine konkrete Alternative vorzuschlagen.

In jedem Fall müssen für eine wirksame Entflechtung mindestens folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- b) Bei der wirksamen Entflechtung sollte dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung zwischen den Entflechtungsalternativen Rechnung getragen werden.
  - c) Die in Bezug auf Übertragung und Investitionen auferlegten Verpflichtungen müssen bei der einzelnen Entflechtungsalternativen ähnlich sein, um Binnenmarktverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden.
  - d) Die wirksame Entflechtung muss auf der Grundlage unabhängig organisierter und angemessen regulierter Strukturen für den Netzbetrieb erfolgen, die einen gleichberechtigten und offenen Zugang zu Transportinfrastrukturen garantieren.
  - e) Sie muss die Unabhängigkeit von Entscheidungen über Infrastrukturinvestitionen gewährleisten.
3. Die meisten Delegationen, die eine eigentumsrechtliche Entflechtung akzeptieren können, könnten auch der Variante mit unabhängigen Netzbetreibern als einer Alternativlösung zustimmen, wenn sich damit die wirksame Trennung der Versorgung und Erzeugung vom Betrieb der Übertragungsnetze erreichen lässt. Diese Variante mit unabhängigen Netzbetreibern sollte folgenden Aspekten Rechnung tragen:
- f) Der unabhängige Netzbetreiber sollte für die Gewährung und Regelung des Zugangs Dritter, einschließlich der Erhebung von Zugangsentgelten sowie der Einnahme von Engpasserlösen und Zahlungen im Rahmen des Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern, verantwortlich sein.
  - g) Der unabhängige Netzbetreiber sollte für die Gewährleistung der langfristigen Fähigkeit des Netzes verantwortlich sein, im Wege einer Investitionsplanung (einschließlich Genehmigungsverfahren für zu genehmigende Investitionen) eine angemessene Nachfrage zu befriedigen.
  - h) Der unabhängige Netzbetreiber sollte für den Netzbetrieb, insbesondere die Lastverteilung und die Marktoperationen in Bezug auf Ausgleichsenergie und Reservekapazität verantwortlich sein.

- i) Der unabhängige Netzbetreiber sollte in seinen Entscheidungen über Infrastrukturinvestitionen unabhängig sein.

4. Punkte, die für sämtliche Alternativen von Belang sein könnten:

- j) *"Bei der Entflechtung sollte dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung zwischen öffentlichem und privatem Sektor Rechnung getragen werden. Daher sollte nicht ein und dieselbe Person die Möglichkeit haben, einzeln oder zusammen mit anderen Personen auf die Zusammensetzung, die Beratungen oder Beschlüsse der Organe sowohl der Übertragungsnetzbetreiber als auch der Versorgungsunternehmen Einfluss zu nehmen. Sofern der betreffende Mitgliedstaat nachweisen kann, dass diese Anforderung erfüllt ist, könnten zwei voneinander getrennte öffentliche Einrichtungen Kontrolle über die Gasgewinnungsaktivitäten einerseits und die Fernleitungsaktivitäten andererseits ausüben."* (Erwägungsgrund 12)
- Deswegen sollte Artikel 8 [Entflechtung] klare Regelungen ausgehend von Erwägungsgrund 12 über die Umsetzung der Entflechtungsvoraussetzungen insbesondere für Unternehmen, die entweder zum öffentlichen Sektor gehören oder von diesem kontrolliert werden, enthalten.
- k) Mehrere Länder mit kleinen oder isolierten Märkten, die die Liberalisierungsvorschriften erst seit kurzem anwenden, können eine Ausnahme von der Umsetzung der Entflechtungsregelungen beantragen. Eine entsprechende Klausel betreffend die entstehenden Märkte existiert bereits in der geltenden Gasrichtlinie. In diesem Zusammenhang sollte die Frage der Fortführung der bestehenden Ausnahmeregelungen eindeutig geklärt werden.
- l) Weiterhin gibt es grundsätzlichen Gesprächs- und Klärungsbedarf vor allem bei folgenden Fragen:
- Welche Aufgabe fällt der nationalen Regulierungsbehörde, der Kommission und gegebenenfalls der vorgeschlagenen Agentur bei der endgültigen Entscheidung über das Zertifizierungsverfahren (Artikel 8b) zu und soll die Entscheidung der nationalen Regulierungsbehörde nur bei bestimmten Unternehmen überprüft werden?
  - Welche Kriterien sollen gelten (Soll im Gasbereich das Vorhandensein eines marktbeherrschenden externen Lieferanten auf nationaler oder regionaler Ebene ebenfalls ein Kriterium sein? Sollen die unter Buchstabe k genannten Kriterien kumulativ anwendbar sein oder nicht?) und welche Fristen sollen gelten?
  - Sollen Länder mit kleinen, isolierten Energienetzen die Möglichkeit erhalten, eine Ausnahmeregelung von der eigentumsrechtlichen Entflechtung in Anspruch zu nehmen?
  - Soll bei dem bzw. den Lösungsmodellen zur Durchsetzung einer wirksamen Entflechtung eine Differenzierung nach Gas- und Strombereich erfolgen?
- m) In Bezug auf **Drittlands**investitionen bei Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreibern und unabhängigen Netzbetreibern sind sich die meisten Mitgliedstaaten einig, dass
- i) mit Beschränkungen der Beteiligung von Drittlandsunternehmen an Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreibern keine Diskriminierung von Unternehmen aus Drittländern bezweckt werden sollte; die entsprechenden Vorschriften sollen lediglich dafür sorgen, dass Unternehmen aus Drittländern dieselben Regeln wie EU-Unternehmen befolgen;
- ii) es weiterhin grundsätzlichen Gesprächs- und Klärungsbedarf vor allem bei folgenden Fragen gibt:
- Welcher Art soll die Vereinbarung sein, die einen beherrschenden Einfluss (Kontrolle) durch Drittlandsunternehmen ermöglicht, und welche Kriterien (z.B. Nichtdiskriminierung, Investorenschutz, Auswirkungen auf das Funktionieren des europäischen Marktes) müssen diese Vereinbarungen erfüllen?

- Wäre es nicht ratsamer, bereichsübergreifende Leitlinien für ausländische Investoren vorzugeben, als spezifische Vorschriften für den Energiemarkt zu erlassen?
  - Inwieweit sollen Beschränkungen der Beteiligung von Drittlandsunternehmen an Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreibern auch für bereits vorhandene Investitionen gelten?
  - Soll im Zusammenhang damit auch die Frage der Stromeinfuhren aus Drittländern behandelt werden?
- n) In Bezug auf die **Entflechtung im Erdgasbereich** ist eine erhebliche Zahl von Mitgliedstaaten übereinstimmend der Auffassung, dass
- i) der Erdgassektor in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Entwicklungsstufen aufweist, wie aus der Gewährung mehrerer Ausnahmeregelungen im Rahmen der Richtlinie 2003/55/EG zu erkennen ist; daher sollten die bestehenden Ausnahmeregelungen beibehalten werden; und dass
    - es weiteren grundsätzlichen Gesprächs- und Klärungsbedarf vor allem bei der Frage gibt, ob für Ausnahmeregelungen zur Umsetzung der neuen Entflechtungsbestimmungen im Erdgassektor längere Fristen als im Stromsektor gelten sollten;
  - ii) die Festlegung der Speichereinrichtungen, auf die Entflechtungsvorschriften für Speichereinrichtungsbetreiber angewendet werden sollen, auf der Grundlage nationaler, veröffentlichter Kriterien erfolgen sollte (Artikel 9a und 19 der Gasrichtlinie).

## **B Investitionsplanung, neue Infrastrukturen, grenzüberschreitendes Regulierungssystem**

### **1. Investitionsplanung**

- a) Die Mitgliedstaaten sind sich einig, dass eines der wichtigsten Ziele dieses Legislativpakets darin bestehen sollte, Investitionen in Energieinfrastrukturen zu fördern, und dass eine bessere Koordinierung der Investitionstätigkeit auf EU-Ebene erforderlich ist.
- b) Die Mitgliedstaaten unterstützen einen Bottom-up-Ansatz, der sich auch in den Richtlinien und Verordnungen widerspiegeln sollte, und zwar angefangen bei den Investitionsplänen der einzelnen Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber über die regionalen Pläne, sofern regionale Foren existieren, bis hin zu dem vom Europäischen Netz der Fernleitungsnetzbetreiber aufzustellenden Zehnjahresplan für die EU, bei dem der Schwerpunkt auf grenzüberschreitenden Infrastrukturen liegt und das Investitionsgeschehen grenzübergreifende Fragen beeinflusst;
  - Weiteren Gesprächsbedarf könnte es hinsichtlich der Einbeziehung von Großspeichereinrichtungen in die Planung und der Frage geben, wie frei die Fernleitungsnetzbetreiber in ihren Investitionsentscheidungen sind.
- c) Zur Gewährleistung der Kohärenz zwischen diesen drei Ebenen sind unter Berücksichtigung der Verzahnung der einzelnen Ebenen regulierende Eingriffe notwendig, und zwar
  - durch die nationalen Regulierungsbehörden, wenn es um die Planung der Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber und ihre Abstimmung mit dem Zehnjahresplan auf EU-Ebene geht, bzw.
  - durch die vorgeschlagene Agentur, soweit es um den Zehnjahresplan auf EU-Ebene und seinen Beitrag zur Beseitigung von Diskriminierung, zum wirksamen Wettbewerb, zum effizienten Funktionieren des Binnenmarktes und zur Versorgungssicherheit geht.
- d) Unter Berücksichtigung des Ziels des Vorschlags, die Trennung des Netzbetriebs von der Erzeugung und Versorgung zu erreichen, sollten die regulierenden Eingriffe zur Gewährleistung der Kohärenz zwischen den einzelnen Investitionsplanungsebenen vorzugsweise vorab in der Planungsphase erfolgen.

2. Es wird allgemein begrüßt, dass die Möglichkeit der Gewährung von Ausnahmen in Bezug auf **neue Infrastrukturen** (Artikel 22) erhalten bleiben soll; es ist offenbar nicht nötig, konkrete Fristen für diese Ausnahmeregelungen in den Richtlinien vorzusehen. Noch eingehender muss erörtert werden,

- ob es bei Ausnahmeregelungen in Bezug auf grenzüberschreitende Infrastrukturen nicht angebracht wäre, die betroffenen Regulierungsbehörden in angemessener Weise zu konsultieren, bevor die vorgeschlagene Agentur eine Entscheidung trifft, oder aber ein zweistufiges Verfahren in Erwägung zu ziehen, bei dem zunächst die nationalen Regulierungsbehörden versuchen, zu einer Einigung zu gelangen, und – für den Fall, dass sie diese nicht in einer bestimmten Frist zustande bringen oder dass sie beschließen, die vorgeschlagene Agentur anzurufen – sich danach die vorgeschlagene Agentur einschaltet.
3. Was das **grenzüberschreitende Regulierungssystem** (Artikel 22d) betrifft, so erhält diese Bestimmung breite Unterstützung, sofern feststeht, dass sich die vorgeschlagene Agentur nur als letzte Instanz einschaltet, und sofern der Inhalt des Begriffs "Regulierungssystem" präzisiert wird.

### C. Regionale Kooperation und Solidarität

Weitgehend begrüßt wird

1. das generelle Konzept der regionalen Zusammenarbeit und ihre Bedeutung; doch bedarf es weiterer Beratungen über die Festlegung des geografischen Geltungsbereichs der Zusammenarbeit (Artikel 5a), mögliche Lösungen für Strukturprobleme, auf regionaler Ebene und die Bewältigung von Engpässen;
2. die Verbesserung der regionalen und bilateralen Solidarität (im Erdgassektor) zwischen den Mitgliedstaaten, die sich weitgehend auf die vorhandenen Instrumente, Foren und Marktmechanismen stützt, sofern die Verbesserung der Solidarität weitgehend auf freiwilliger Basis erfolgt (Artikel 5a Gasrichtlinie).

### D. Funktionieren des Marktes

Offenbar liegt eine breite Unterstützung für die folgenden Bestimmungen vor, die jedoch noch eingehender erörtert werden müssen:

1. Längere Datenaufbewahrung:
  - Die Versorgungsunternehmen müssen einschlägige Daten über alle Transaktionen im Zusammenhang mit Strom-/Gasversorgungsverträgen und Strom-/Gasderivaten aufbewahren und den Regulierungsbehörden bei Bedarf zur Verfügung stellen.
  - In Bezug auf die Derivate muss die Kommission Leitlinien erlassen, bevor die Bestimmung wirksam wird.
2. Rechte der Verbraucher:
  - Die Rechte der Verbraucher sind zu erweitern, um sicherzustellen, dass die Kunden häufiger über ihren Energieverbrauch und seine Kosten unterrichtet werden, dass sie das Recht erhalten, jederzeit den Versorger zu wechseln und die Energieunternehmen verpflichtet werden, die Rechnungsvorgänge innerhalb eines Monats nach dem Wechsel des Versorgers abzuschließen.

In Bezug auf die Marktbeobachtung könnten sich weitere Beratungen über die möglichen Aufgaben der künftigen Europäischen Beobachtungsstelle für Energie und ähnlicher Gremien auf nationaler Ebene als sinnvoll erweisen.



## **E. Regulierungsbefugnisse**

Es wird vorgeschlagen, die Regulierungsbefugnisse wie folgt zu verbessern:

- durch Stärkung der Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden (Artikel 22a),
- durch Festlegung allgemeiner Ziele (Artikel 22b),
- durch Erweiterung der Liste der gemeinsamen Aufgaben und Befugnisse (Artikel 22c),
- durch Einführung der Beschlussfassung im Ausschussverfahren,
- durch Überwachung der Einhaltung der Leitlinien durch die Regulierungsbehörden (Artikel 22e).

### **1. Was die Unabhängigkeit, die Benennung, die Ziele und die Beaufsichtigung der nationalen Regulierungsbehörde angeht, so finden folgende Punkte breite Unterstützung:**

- a) Die Stärkung der Unabhängigkeit und der Befugnisse der Regulierungsbehörde ist notwendig, um das effiziente Funktionieren des Binnenmarktes zu sichern.
- b) Es muss eine einzige, unabhängige nationale Regulierungsbehörde benannt werden. Die Mitgliedstaaten sollen nur einen einzigen Vertreter zum Zwecke der Vertretung und als Ansprechpartner auf EU-Ebene benennen; dies steht nicht im Widerspruch zu der derzeitigen Situation, wo es in einigen Mitgliedstaaten mehrere Regulierungsbehörden auf Bundes-/Regionalebene gibt.
  - Deswegen sollte Artikel 22a entsprechend umformuliert werden.
- c) Die in Artikel 22a Absätze 2 und 3 festgelegten Unabhängigkeitskriterien erscheinen zweckmäßig, vorausgesetzt, die Formulierung wird soweit verfeinert, dass sie unter anderem auf die rechtliche Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde Bezug nimmt oder den Unterschied zwischen Rechtsakten und Weisungen klarer fasst.
- d) Es muss eine Regelung gefunden werden, die die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde und die Notwendigkeit der Begründung von Entscheidungen und der Schaffung von angemessenen Beschwerdemechanismen ausgewogen berücksichtigt (z.B. in Artikel 22c Absätze 12 und 13).
- e) Die allgemeinen Ziele der Regulierungsbehörden sollten in den Richtlinien niedergelegt werden und im Einklang mit dem Anwendungsbereich der Richtlinien stehen; dies bedeutet beispielsweise, dass Fragen der Versorgungssicherheit, der Energieeffizienz oder der Forschung, die für sich genommen durchaus wichtig sind, nicht in die Zuständigkeit der Regulierungsbehörden fallen sollten.
  - Deswegen sollte Artikel 22b entsprechend geändert werden (siehe Anlage I).
- f) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die Regulierungsbehörden in engem Benehmen mit anderen Behörden, z.B. den Wettbewerbsbehörden und unbeschadet ihrer Zuständigkeit arbeiten.
  - Deswegen sollte der einleitende Text zu den Artikeln 22b und 22c entsprechend geändert werden (siehe Anlagen I und II).

2. Unter Berücksichtigung der Buchstaben d und f und vorbehaltlich der Änderung einiger Formulierungen stimmen die meisten Mitgliedstaaten den in Anlage II aufgeführten **spezifischen Aufgaben der Regulierungsbehörde zu**, sofern die Verbindung zwischen den Zuständigkeiten der Regulierungsbehörde und der anderen Behörden bei der Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinie dargelegt wird; dies betrifft z.B. Artikel 22c Absatz 1 Buchstaben k und l [gemeinwirtschaftliche Leistungen und Sozialtarife], Buchstabe g [Netzsicherheit], Buchstabe o [Versorgungssicherheit], Absatz 3 Buchstabe f [Schutzmaßnahmen]. Die Aufgaben, Befugnisse und Zuständigkeiten sind derart detailliert erfasst, dass eine Ergänzung des Artikels durch Leitlinien unnötig ist.
- g) Grundsätzlicher Gesprächs- und Klärungsbedarf besteht weiterhin vor allem bei folgenden Fragen:
- Sollen die in Anlage II aufgeführten Aufgaben, Befugnisse und Zuständigkeiten auch für die Entflechtungsalternativen gelten?
  - Wird es aufgrund von Artikel 22c Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe d zu einer Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden durch die Kommission und die vorgeschlagene Agentur kommen?
  - Sollen bei der Tarifgestaltung Anreize für Forschungsarbeiten durch die Betreiber geschaffen werden (Artikel 22c Absatz 5)?
  - Sollen die Bestimmungen über die Tarife auch Methoden zu ihrer Berechnung enthalten?
3. Was die Annahme von **Leitlinien im Ausschussverfahren** betrifft, besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass es der Kommission freigestellt bleiben sollte, ob sie diese Leitlinien verabschiedet, da die entsprechenden Artikel weitgehend auch ohne diese Leitlinien umgesetzt werden können.
- Weiterer Gesprächsbedarf besteht allerdings, um zu entscheiden, ob diese Entscheidungsfreiheit der Kommission weiterhin für all diejenigen Artikel gelten soll, für die sie vorgeschlagen wurde (beispielsweise für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen, die Zusammenarbeit in grenzübergreifenden Fragen oder die Einhaltung der Vorschriften durch die Regulierungsbehörden).
4. Was die **Einhaltung der Leitlinien durch die Regulierungsbehörden** angeht, so findet die Zielrichtung dieser Bestimmung allgemeine Unterstützung, wenngleich folgende Fragen möglicherweise noch eingehender diskutiert werden müssen:
- Wie lässt sie sich weniger schwerfällig gestalten?
  - Wird hierdurch die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden beeinträchtigt?
  - Kann eine Regulierungsbehörde jede Entscheidung einer anderen Regulierungsbehörde anfechten?

#### **F. Vorschlag zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden**

Eine erhebliche Zahl von Mitgliedstaaten stimmt in Folgendem überein:

- a) Die Einrichtung eines unabhängigen Mechanismus als europäische Plattform zur Verbesserung der Abstimmung zwischen den unabhängigen nationalen Regulierungsbehörden und den Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreibern ist wichtig für das effiziente Funktionieren des Binnenmarkts und für die Erfüllung des vom Europäischen Rat erteilten Auftrags.
- b) Bei der Einrichtung des Mechanismus sollte dem Stand der regionalen Zusammenarbeit zwischen Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreibern und zwischen Regulierungsbehörden gebührend Rechnung getragen werden.

- c) Neben seiner weitgehend beratenden Tätigkeit für das Europäische Netz der Fernleitungsnetzbetreiber und die Kommission sollte der Mechanismus genau definierte Aufgaben erfüllen, durch die er einen zusätzlichen Nutzen erbringen kann, zum Beispiel durch Förderung bewährter Verfahren unter den Regulierungsbehörden oder durch Überprüfung des Zehnjahresplans für Investitionen auf EU-Ebene. Er sollte sich auf eindeutig begrenzte Einzelfälle konzentrieren, die im Wesentlichen grenzübergreifende Fragen betreffen, und die Arbeit der Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber auf EU-Ebene beaufsichtigen.
  - d) Es sollten angemessene Möglichkeiten zur Gewährleistung der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der demokratischen Kontrolle der Arbeit des Mechanismus geschaffen werden.
  - e) Der Mechanismus sollte unabhängig sowohl von den Mitgliedstaaten als auch von der Kommission sein und die Standpunkte der unabhängigen nationalen Regulierungsbehörden vertreten.
  - f) Der Mechanismus soll eine effiziente und ausgewogene Vertretung der Mitgliedstaaten sicherstellen.
  - g) Folgende Punkte müssen noch eingehender erörtert werden:
    - Rechtsform und Rechtsstatus des Mechanismus (z.B. Agentur);
    - die Frage, ob sein Aufgabenbereich schrittweise erweitert werden soll.
-

Allgemeine Ziele der Regulierungsbehörde (Artikel 22b)

*Bei der Wahrnehmung der in dieser Richtlinie genannten Regulierungsaufgaben trifft die Regulierungsbehörde alle zweckdienlichen Maßnahmen, um zur Erreichung folgender Ziele im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 22c in engem Benehmen mit anderen einschlägigen nationalen Behörden und unbeschadet deren Zuständigkeiten beizutragen:*

- a) Förderung – in enger Zusammenarbeit mit der vorgeschlagenen Agentur, den Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten und der Kommission – eines wettbewerbsorientierten, sicheren und ökologisch nachhaltigen Elektrizitätsbinnenmarktes in der Gemeinschaft und wirksame Öffnung des Marktes für alle Verbraucher und Versorgungsunternehmen in der Gemeinschaft;*
- b) Entwicklung wettbewerbsorientierter und gut funktionierender Regionalmärkte in der Gemeinschaft zur Verwirklichung des unter Buchstabe a genannten Ziels;*
- c) Aufhebung der bestehenden Beschränkungen des Stromhandels zwischen den Mitgliedstaaten, einschließlich des Aufbaus geeigneter grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten im Hinblick auf die Befriedigung der Nachfrage und die Förderung der Integration der nationalen Märkte zur Erleichterung der Stromflüsse innerhalb der Gemeinschaft;*
- d) Förderung der Entwicklung von sicheren, zuverlässigen und effizienten Systemen sowie der Systemadäquanz, auch durch Erleichterung der Aufnahme neuer Erzeugungsanlagen in das Netz, insbesondere durch Unterstützung von Neueinsteigern;*
- e) Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen, damit für Netzbetreiber und Nutzer kurzfristig wie langfristig angemessene Anreize bestehen, für Effizienzsteigerungen bei der Netzleistung zu sorgen und die Marktintegration zu fördern;*
- f) Gewährleistung des effizienten Funktionierens des nationalen Marktes und Förderung eines wirksamen Wettbewerbs und Verbraucherschutzes in Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Behörden.*

Aufgaben und Befugnisse der Regulierungsbehörde Artikel 22c)**Aufgaben - Artikel 22c Absatz 1**

*Die Regulierungsbehörden haben folgende Aufgaben, die sie in engem Benehmen mit anderen einschlägigen nationalen Behörden und unbeschadet deren eigenen Zuständigkeiten erfüllen:*

- a) Sie gewährleisten, dass Übertragungs-/Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber sowie Übertragungsnetzeigentümer [...]den ihnen aus dieser Richtlinie und einschlägigen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften erwachsenden Verpflichtungen nachkommen [...].*
- b) Sie arbeiten mit den Regulierungsbehörden und Behörden anderer Mitgliedstaaten in grenzübergreifenden Angelegenheiten zusammen.*
- c) Sie kommen den Entscheidungen der vorgeschlagenen Agentur und der Kommission nach und führen sie aus.*
- d) Sie erstatten den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, der vorgeschlagenen Agentur und der Kommission jährlich Bericht über ihre Tätigkeit und die Erfüllung ihrer Aufgaben. [...]*
- e) Sie sorgen dafür, dass Quersubventionen zwischen den Bereichen Übertragung, Verteilung und Versorgung verhindert werden.*
- f) Sie prüfen die Investitionspläne der Fernleitungsnetzbetreiber und der unabhängigen Netzbetreiber. [...]*
- g) Sie überwachen die Einhaltung der Regeln für Sicherheit und Zuverlässigkeit des Netzes und der Normen und Anforderungen in Bezug auf Dienstleistungs- und Versorgungsqualität.*
- h) Sie überwachen den Grad der Transparenz und sorgen dafür, dass die Elektrizitätsunternehmen die Transparenzanforderungen erfüllen.*
- i) Sie überwachen den Grad der Marktöffnung und den Umfang des Wettbewerbs auf Großhandelsebene und Endkundenebene. [...]*
- j) Sie prüfen, wie viel Zeit die Übertragungs- und Verteilerunternehmen für die Herstellung von Anschlüssen und für Reparaturen benötigen.*
- k) Sie tragen zur Durchsetzung hoher Standards bei der Gewährleistung der Grundversorgung und der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Bereich Elektrizität, zum Schutz benachteiligter Kunden und ferner dazu bei, dass die in Anhang A festgelegten Maßnahmen zum Schutz der Kunden wirksam sind.*

- l) Sie veröffentlichen mindestens einmal jährlich Empfehlungen dafür, wie die Versorgungstarife Artikel 3 genügen sollen.*
  - m) Sie gewährleisten den Zugang zu den Verbrauchsdaten der Kunden, die Anwendung eines einheitlichen Formats für die Erfassung der Verbrauchsdaten und den Zugang zu den Daten gemäß Anhang A Buchstabe h.*
  - n) Sie überwachen die Umsetzung der Vorschriften betreffend die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber, Verteilernetzbetreiber, Versorgungsunternehmen und Kunden sowie anderer Marktteilnehmer gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003.*
  - o) Sie überwachen die Investitionen in die Erzeugungskapazitäten mit Blick auf die Versorgungssicherheit.*
  - p) Sie überwachen die Durchführung der Schutzmaßnahmen gemäß Artikel 24.*
-